

Bündnis 90/Die Grünen

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Heidenheim

Michael Sautter, Fraktionsvorsitzender

15.11.2016

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2017 (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

„Die Hoffnung stirbt zuletzt“ - diese Aussage kommt einem in den Sinn, wenn man auf den unerwarteten Wahlausgang in den USA blickt. Ich erspare es Ihnen, detaillierter darauf einzugehen. In den vergangenen Tagen wurden zahlreiche Kommentare, Analysen und Bewertungen abgegeben. Die meisten kommen zum Ergebnis, dass es um unser aller Zukunft, um es gemäßigt auszudrücken, nicht zum Besten bestellt ist.

In Europa waren es vor allem die Rechtsnationalen, die den Sieg von Trump frenetisch gefeiert haben. Was braut sich da zusammen? Haben wir es mit Teilen einer Gesellschaft zu tun, die es nicht Wert schätzt, dass wir seit über siebzig Jahren im Frieden leben, weil die großen Nationen bis heute einen dritten Weltkrieg vermeiden konnten. Die zum Teil barbarischen Kriege in vielen Regionen dieser Erde sind dabei keineswegs klein zu reden.

Warum ist die Zahl der Menschen so groß, die in den vermeintlichen Heilsbringern und ihren populistischen Phrasen eine Lösung der Probleme sehen?

Ein Grund dürfte sicherlich sein, dass sich die Welt wirtschaftlich, technisch und politisch immer schneller weiterdreht. Hinter dem Schlagwort 4.0 steht eine digitale Revolution, die sich exponentiell beschleunigt.

Was heute noch vertraut ist, ist morgen schon fremd. Das erzeugt diffuse Zukunftsängste: der Verlust des Arbeitsplatzes, die Angst ausgespäht und abgehört zu werden, die Unfähigkeit am gesellschaftlichen Diskurs noch teilnehmen zu können, weil die Dinge immer komplexer und komplizierter werden. Dieser negative gesellschaftliche Umbruch und Wertewandel kann vielleicht am ehesten noch in den Kommunen abgefedert werden.

Gerade Mittelstädte wie Heidenheim können ihren Bürgern ein Stück vertrauter Lebensqualität bieten.

Allein der virtuelle Austausch in den sozialen Netzwerken kann niemals die zwischenmenschlichen Beziehungen in der realen Welt ersetzen.

Aus diesem Grunde müssen wir in unserer Stadt alle Einrichtungen und Initiativen stärken, die unseren Bürgern die Möglichkeit zum Meinungs austausch, zur Information und zur kommunalen Beteiligung bieten.

Deshalb setze ich vor allem große Hoffnung auf unsere neue Stadtbibliothek. Wenn sie mit all ihren Einrichtungsfacetten zum angedachten täglichen Begegnungstreffpunkt von jungen und alten Heidenheimern wird, dann haben wir das Geld nicht rausgeschmissen.

Und auch städtebaulich und architektonisch entsteht ein Gebäude, das unsere Innenstadt aufwertet. Sie wissen, dass ich mich seit Jahren sehr kritisch mit der gebauten Umwelt in Heidenheim auseinandersetze. Aber zu diesem Neubau stehe ich uneingeschränkt. Mit Max

Dudler sind wir im Wettbewerb auf einen Preisträger gestoßen, der in Deutschland, und darüber hinaus, mit seinen Gebäuden höchste Anerkennung genießt und europaweit bekannt ist. Als zentraler Treffpunkt aller Heidenheimer sollte vor allem auch der merkantile Innenstadtbereich, insbesondere die Altstadt, dienen. Im Vergleich zu unseren Nachbarstädten erfüllt sie diese Funktion nur noch bedingt. Die mangelnde Attraktivität, und das liegt längst nicht nur an der Stadt, wird durch viele Negativfaktoren verursacht:

- Laden-Leerstände
- Schmucklose Fassaden; teilweise seit Monaten unfertig
- Spärliche und meist unattraktive Gastronomieangebote
- Eine uneinheitliche und teils geschmacklose Nutzung des Straßenraums mit den Immobilien (Bestuhlung, Werbeträger u.a.)
- Mangelnder Blumenschmuck
- Straßenbeläge die in die Jahre gekommen sind und sich jährlich in sandige Ausbesserungsbaustellen verwandeln.

Ein Facelifting für unsere gute Stube ist längst überfällig.

Auf der Grundlage von Alternativvorschlägen durch die Verwaltung - ich denke dabei sowohl an die Kosten, als auch an die Gestaltung - sollten wir, ähnlich dem Werkstatt - Prozess, alle Verantwortlichen an einen Tisch bringen, um gemeinsam einen Masterplan für den Freiraum Innenstadt entwickeln zu können. Ich erinnere in diesem Zusammenhang zum wiederholten Mal an die zielgerichteten Ausführungen des ehemaligen Ulmer Baubürgermeisters.

Neben der wichtigen Einkaufsfunktion hat auch unser Wochenmarkt eine hohe kommunikative Bedeutung. Eine Aufwertung durch ein erweitertes Marktangebot – eine Nachfrage scheint vorhanden - und eine in Teilen veränderte Standortwahl sind anzudenken. Es ist ein Unding, dass die Grabenstraße selbst an Wochenmarkttagen von rücksichtslosen Autofahrern widerrechtlich befahren wird.

Mehr Zwischenmenschlichkeit können und werden wir in unserer Stadt an vielen weiteren Orten schaffen. Gedacht ist an stadtteilbezogene Treffpunkte, insbesondere in den Sanierungsgebieten Soziale Stadt oder an das generationsbezogene Wohnen und Leben. In diesem Zusammenhang bitten wir nochmals um die zeitnahe Vorstellung des Projekts der evangelischen Heimstiftung auf dem nördlichen Ploucquet – Areal; auch den Initiatoren des geplanten Generationenhauses in der August – Lösch – Straße sollten wir die Möglichkeit der Präsentation bieten – so gewünscht.

Die novellierte Gemeindeordnung hat das Ziel einer stärkeren Partizipation der Bürger:

- Mindestens einmal im Jahr sollten wir zu einer Bürgerversammlung einladen
- Vergleichbare Veranstaltungen sind für die Jugendlichen anzubieten, auch wenn sie feststellen sollten, dass eine solche Teilnahme aufwendiger ist als ihre Informationen und Meinungen über Facebook und Co. zu posten. Das eine sollte das andere nicht ersetzen.
- Die öffentlichen Bekanntmachungen, so haben wir es beschlossen, erfolgen via Internet; das gilt für Sitzungen und Vorlagen, aber auch die Einladungen zu Bürgerfragestunden. Um über die Heidenheimer Homepage beispielsweise die Vorlagen für die heutige Sitzung zu finden, muss der interessierte Bürger die Maus mindestens fünf Mal bedienen, so er sich überhaupt zu recht findet. Es müsste doch möglich sein, über die

Startseite und die dort angesiedelten Nachrichten schneller und einfacher zum Ziel zu kommen.

Was bürgerliche Solidarität und verwaltungsinterner Handlungswille zu leisten vermögen, hat sich in den vergangenen Monaten bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise gezeigt; die Angst- und Horrorszenarien gegenüber den Fremden, wie sie auch bei einigen unserer Mitbürgern an die Wand gemalt wurden, haben sich in unserer Stadt nicht bewahrheitet. Die Erstaufnahme und vor allem das Integrationszentrum dürfen als gelungen bezeichnet werden und die schwierige Aufgabe der Integration wird uns hoffentlich auch gelingen.

Allerdings, und das sollten wir uns stets bewusst sein, sind die Fluchtursachen auf dieser Welt alles andere als gelöst. Europa hat sich abgeschottet und Millionen Menschen werden so ferngehalten. Eine „Aus dem Auge aus dem Sinn“ – Mentalität dürfen wir uns bei der Flüchtlingsfrage nicht erlauben und müssen stets auf neue Anforderungen eingestellt sein.

Allein vom guten Willen lebt eine erfolgreiche Stadtpolitik nicht; geordnete Finanzen sind unabdingbar. Und da sieht es nicht nur mit Blick auf das kommende Jahr, sondern auch auf die mittelfristige Situation, nicht gerade erfreulich aus.

Der Verwaltungshaushalt ist weit davon entfernt, die Grundlage für neue Investitionen zu schaffen und die volle Wahrheit wird erst ans Licht treten, wenn wir in zwei Jahren zur Doppik wechseln. Dann wird der Ergebnishaushalt – auch Erfolgshaushalt genannt – über zusätzliche Aufwendungen, wie Abschreibungen und umfangreiche Erhaltungsaufwendungen, schnell zu einem negativen Jahresergebnis führen, was in unserer Bilanz eine Minderung des Eigenkapitals zur Folge haben wird.

Ob es uns gefällt oder nicht, wir müssen jetzt an den Verwaltungshaushalt ran. Und da werden wir uns bei unseren Bürgern nicht immer beliebt machen und einen hohen Diskussions- und Informationsbedarf auslösen.

Zwei Jahre haben wir bereits ungenutzt verstreichen lassen, seit uns der ehemalige Kämmerer Dieter Zeeb zu seinem Abschied zahlreiche, wenn auch unbequeme, Vorschläge zur strukturellen Verbesserung des Verwaltungshaushalts ins Stammbuch geschrieben hat; übrigens auch schon damals mit Blick auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht. Ich könnte Ihnen jetzt sämtliche Zeeb'schen Vorschläge zur Verbesserung der langfristigen Finanzstruktur vorlesen, aber das würde den Zeitrahmen sprengen. Deshalb nochmals meine dringende Bitte, lassen Sie uns diese und andere Ideen, am besten in einer Finanzstrukturkommission, erörtern und umsetzen.

Auf der Ausgabenseite, und das muss nicht zwangsläufig durch Leistungsverlust verbunden sein, muss es gelingen, vor allem folgende Ausgabenblöcke zu reduzieren:

- Zuweisungen und Zuschüsse (aktuell rund 12 Millionen)
- Personalaufwendungen (aktuell rund 36 Millionen)
- Sachaufwendungen (aktuell rund 28 Millionen)

Alle diese Ausgaben sind von uns wesentlich beeinflussbar; ähnlich sieht es auf der Einnahmenseite aus, die uns Handlungsspielraum gibt:

- Grundsteuer A und B (aktuell 7,5 Millionen)
- Gewerbesteuer (aktuell 25,5 Millionen und nur bedingt beeinflussbar)
- Sonstige Steuern (aktuell rund 2 Millionen)

- Gebühren (aktuell 14,6 Millionen) und für
- Verkaufserlöse, Mieten und Pachte, Zuweisungen und Erstattungen setze ich vorsichtig mit rund 22 Millionen an.

Senken und heben wir, so meine durchaus realistischen Prämissen, die jeweiligen Ausgaben- und Einnahmenblöcke um jeweils 10 Prozent und berücksichtigen wir dabei die negative Zuführungsrate von 1,8 Millionen, kämen wir auf eine Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt von rund 12 Millionen. Zwar immer noch nicht berauschend, aber nicht ganz so desolat, wie sich die Situation aktuell darstellt.

Keine Sorge, wir können und wollen diesen Verwaltungshaushalt „nicht über den Haufen werfen“, aber ich konnte vielleicht ein wenig aufzeigen in welche Richtung wir uns bewegen müssen, um langfristig Land zu sehen. An wirtschaftlich schlechtere Zeiten möchte ich gar nicht denken.

Lassen Sie mich zum Vermögenshaushalt, und hier vor allem zu den Sanierungsgebieten kommen:

- Im Gebiet Hagen setzen wir beim Schäfer – Areal momentan noch auf eine privatwirtschaftliche Lösung, weshalb wir beantragen 1,3 Millionen für einen Grunderwerb zu streichen. Ob der Sanierungsbedarf für den Fußgängersteg wirklich dringlich ist, sollte dargestellt werden, weshalb wir die 700.000 Euro mit einem Sperrvermerk versehen wollen.
- Die Römerstraße ist so auszubauen, dass sie zukünftig berechtigterweise als Tempo 30 – Zone ausgewiesen werden kann; schon heute wäre es dringend geboten, die gesamte Straße in den Nachtstunden zwischen 22 und 6 Uhr auf Tempo 30 zu beschränken, so unser Antrag, der mit Blick auf die Beschilderung ausgabenwirksam ist. Das ehemalige Schlachthofgelände weist in Teilen eine charakteristische Bebauung auf, die die Oststadt über Jahrzehnte mitgeprägt hat. Eine Sanierung, verbunden mit einer Neubebauung, hat daher behutsam zu erfolgen.
- Das nördliche Ploucquet – Areal steht, mehr noch wie das südliche, im Focus des Stadtbildes (östliche Einfallpforte). Vom Bauträger erwarten wir städtebaulich und architektonisch eine anspruchsvolle, und für die Stadt bemerkenswerte Lösung, in die auch der Gemeinderat nochmals einzubeziehen ist - so unser Antrag. Der Erhalt der ehemaligen LZB ist hoch erfreulich und dürfte u.a. durchaus auch auf unsere Intervention bei der Höheren Denkmalschutzbehörde zurückzuführen sein. Momentan scheint alles dafür zu sprechen, dass der ehemalige Eigentümer einen Investor gefunden hat, der das Gebäude hoffentlich in ein Schmuckstück verwandeln wird.

Allein die Sanierung der Rathaus - Tiefgarage kostet uns Millionen; ein Verkauf muss angedacht werden; zumindest eine Pachterhöhung.

Im Rahmen der jeweils zur Verfügung gestellten Mittel beantragen wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Die Anbringung von Radfahrstreifen entlang der Mittelrainstraße oder zumindest, sofern es die Fahrbahnbreite nicht hergibt, die Markierung von Radschutzstreifen
- Eine bessere Ausleuchtung des Gehwegs östlich der B19 zwischen dem Einkaufszentrum und der Kapellstraße.

Auch wenn heuer nur noch 25.000 Euro für die Förderung des Bauplatzerwerbs angesetzt sind, so beantragen wir dennoch, diesen Betrag für die Erhöhung der Mittel für den Radwegebau zu verwenden, der sich somit auf 65.000 belaufen würde.

Und zum Schluss, wie könnte es anders sein, nochmals Anmerkungen, Anträge und Fragen zum FCH mit dem die Stadtpolitik aufs engste und in Millionenhöhe verbunden ist.

Um es deutlich zu sagen, wir gönnen allen die Freude an dieser erfolgreichen Heidenheimer Fußballgeschichte, aber sie darf nicht blind machen und jedes Mittel, vor allem die finanziellen, rechtfertigen.

Vielleicht war es ein Fehler, dass nicht die Stadt in eigener Regie die Fußballarena ausgebaut hat, um dann eine entsprechende Pacht vom FCH zu verlangen, die eine Amortisation der Investitionen ermöglicht hätte.

Beim Verein handelt es sich um ein millionenschweres Wirtschaftsunternehmen, in das der Gemeinderat keinerlei finanzielle Einblicke hat, weshalb wir Einsicht in die Jahresabschlüsse und die lfd. Wirtschaftspläne fordern, solange wir Zahlmeister sind.

Die Ausgleichsmaßnahmen für den neuen Trainingsplatz, so er kommt, sind zu hundert Prozent vom FCH zu tragen; so unser Antrag. Die Eigentumsverhältnisse – Stadt oder FCH - interessieren uns bezgl. aller Trainingsplätze, des Business – Clubs und der Photovoltaikanlage auf dem Tribünendach.

So viel Transparenz muss sein! Unbequem, so das Credo auf dem vergangenen Bundesparteitag, wollen wir auch vor Ort bleiben.

Dank an die Kämmerei und die Rathausmitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auch im zu Ende gehenden Jahr wieder eine engagierte und gute Leistung erbracht haben.